

AUSGABE JANUAR - MÄRZ 2019

WWW.DPOLG-SÜDHESSEN.DE

Auf unserer
Homepage
informieren wir immer
aktuell über die
neuesten Themen

SOCIAL MEDIA

Wir sind auf
Facebook,
Instagram und
Twitter zu finden

DPOLG SÜDHESSEN INFORMIERT

Newsletter

Januar – März 2019

Am 18. Januar 2019 wurden im Polizeipräsidium Südhessen neue Wachpolizistinnen und Wachpolizisten in den Dienst gestellt. Die DPolG Südhessen begrüßt herzlich die neuen Kolleginnen und Kollegen, wir wünschen Glück und Erfolg für die Aufgaben die vor ihnen stehen.

Wir bieten immer ein offenes Ohr an und freuen uns auf viele Begegnungen.



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
Südhessen im DBB



**Am 1. Februar
2019 fand in
Wiesbaden der
Auftakt zur
Einkommensrunde
2019 in Hessen
statt.**

Foto :dbb Hessen Windmüller

Viele Mitglieder der dbb-Hessen-Fachgewerkschaften und -verbände kamen nach Wiesbaden, um vor dem Hessischen Innenministerium unsere Forderungen zu untermauern. Die Gewerkschaften, so auch der dbb beamtenbund und tarifunion Bund und der dbb Hessen haben gegenüber dem Hessischen Innenminister Peter Beuth ihre Forderungen noch einmal vorgetragen und vertieft.

Der Innenminister wies die linearen Forderungen als „deutlich überhöht“ zurück. Folgende Forderungen werden vom dbb Hessen erhoben:

I. Entgelterhöhungen

Erhöhung der Tabellenentgelte um 6 Prozent, mindestens um 200 Euro monatlich (Laufzeit 12 Monate)
Erhöhung der Entgelte der Auszubildenden und Praktikanten um 100 Euro monatlich (Laufzeit 12 Monate)

Erhöhung der Beträge der Pflögetabelle um 300 Euro.

II. Auszubildende und Praktikanten
Wiederinkraftsetzung der Vorschrift zur Übernahme von Auszubildenden Schaffung von Regelungen über die Ausbildungsbedingungen von Studierenden in ausbildungs- und praxisintegrierten dualen Studiengängen.

Forderungen darüber hinaus:

I. Manteltarifliche Änderungen für Beschäftigte

Entgeltordnung zum TV-H verbessern und in Kraft setzen
Entzerrung der Entgeltgruppe 9 (EG 9 klein)
Entfristung der Regelung zu den Besitzständen aus dem Tarifvertrag zu § 73 MTL II betreffend Besitzstandswahrung v. 27. Februar 1964 gemäß Anlage 1 Teil C zum TVÜ-H

Dynamisierung der Beträge nach § 50 Nr. 2 zu § 19 Abs. 4 und 5 TV-H

Aufnahme wissenschaftlicher, künstlerischer und studentischer Hilfskräfte in den TV-H
Konkretisierende Fortsetzung der Gespräche zur Befristungspraxis im Hochschulbereich
Anwendung des § 23 a TV-H auch auf Ausbildungs- und Praktikantenverhältnisse nach dem TVA-H BBiG, TVA-H Pflege und TV-Prakt-H.

Ein zusätzlicher freier Arbeitstag pro Jahr für Gewerkschaftsmitglieder

Änderung des Beginns der Nachtarbeit in § 7 Abs. 5 TV-H auf 20:00 h

II. Manteltarifliche Änderungen für Auszubildende und Praktikanten

- Erhöhung des Urlaubsanspruchs auf 30 Tage

Forderungen für die Beamten und Versorgungsempfänger:

Zeitgleiche und systemgerechte Übertragung auf die Beamten und Versorgungsempfänger

Aufholung des Rückstands bei Besoldung und Versorgung aus den Jahren 2015 und 2016 von rd. 3,5 % und Gestaltung der Besoldungstabelle so, dass sie mindestens den verfassungsrechtlichen Vorgaben auch hinsichtlich des Abstandsgebots genügt.

Als nächstes gilt es, in Fachgruppengesprächen die Einzelforderungen vertieft zu erörtern, bevor dann am 28. und 29. März die zweite Verhandlungsrunde in Dietzenbach ansteht.

<https://www.dbb-hessen.de/aktuelles/news/auftakt-zur-einkommensrunde-2019-in-hessen/>

DAS OBERSCHENKELHOLSTER KOMMT

Die DPoIG Hessen hat dafür gekämpft. Nun soll die Polizei Hessen nach und nach mit dem Oberschenkelholster ausgerüstet werden. Es ist schon länger eine Forderung der DPoIG Hessen: die Bereitstellung von Oberschenkelholstern für die Polizei in Hessen.

Die AG Ausrüstung der DPoIG hat sich dem Thema angenommen und ist zum Ergebnis gekommen: Das Oberschenkelholster kann ein sinnvoller Ausrüstungsgegenstand für die Kolleg(inn)en des Einzeldienstes sein

Erfahrungswerte gab es schon in Hessen, die Spezialeinheiten wie SEK, MEK und BFE waren bereits damit ausgerüstet und haben positiv berichtet. Aber auch eine Befragung unter DPoIG Mitgliedern (wir berichteten im

POLIZEISPIEGEL April 2018: Deine Meinung ist gefragt) ergab, dass das Oberschenkelholster durchweg positiv gesehen wird. Obwohl es auch mahnende Stimmen gab. Doch, und das war grundsätzlich eine Forderung der DPoIG, kann das Holster, welches rechts beziehungsweise linksseitig vom Oberschenkel getragen wird, nur eine Wahlmöglichkeit sein. Nach wie vor muss es jedem Kollegen frei stehen, dass dienstliche Holster zu verwenden, welches ihm/ihr persönlich am geeignetsten



QEZ zuerst

Mit der sukzessiven Einführung, zuerst bei den Kollegen der Qualifizierten Einsatzzüge, ist der erste Schritt in die richtige Richtung getan. Hier war die Einführung zwingend notwendig, da die persönliche Körperschutzausstattung nur mit dieser Art Holster effektiv genutzt werden kann. Aber auch alle

anderen Beamten der Zielgruppe 1 (Streifen und Ermittlungsdienst) sollen nach und nach die Möglichkeit erhalten, das Holster nutzen zu können. Die Auslieferung richtet sich nach der Beschaffung, der Fähigkeit des Herstellers, entsprechende Stückzahlen schnell zu fertigen, und den vorhandenen Finanzmitteln.

Erfolg der DPoIG

Es ist unter anderem einem Gespräch der DPoIG Hessen mit dem LPP Udo Münch (wir berichteten im POLIZEISPIEGEL September 2018, DPoIG im Gespräch

mit LPP) zu verdanken, dass die Freigabe der Wahlmöglichkeit für das Oberschenkelholster in Zukunft der Polizei in Hessen zur Verfügung steht.



DPoIG SÜDHESSEN STELLT SICH GEGEN HASS IM NETZ

Das Thema Hass im Internet, den Sozialen Medien und im Miteinander begegnen wir täglich im zunehmenden Maß. Wir als Gewerkschaft sind genauso wenig davor geschützt wie jede andere Einrichtung.

Im Besonderen zu verurteilen und ohne Rücksicht zu verfolgen sind die „Hasstiraden“ gegen Einzelne oder Personengruppen. Es gibt nahezu keine Tabubereiche mehr und jeder kann Opfer werden.

Wir als Gewerkschaft und Teil der Gesellschaft lassen hier null Toleranz walten und stellen uns gemeinsam gegen die Wurzeln der verachtenden Denkweise. In allen Bereichen

und so auch hier ist die Grundlage allen Handelns das Grundgesetz, besonders die „Würde des Menschen ist unantastbar.“

Es gibt für das Verhalten und Tun, ob aktiv oder passiv, keinerlei Rechtfertigung oder Entschuldigung. Die Verursacher und Wortführer müssen durch uns identifiziert und benannt werden, den Opfern gilt unser voller Rückhalt.

Wir fordern Jede und Jeden zur Courage, sich gegen Hass im Netz zu stellen, auf.

FESTSTELLEN – SICHERN – ANZEIGEN

HOFFEN – KÄMPFEN UND DOCH VERLOREN

Traurig und noch immer tief erschüttert haben wir die Nachricht vernommen, dass unser schwerverletzter Kollege der Polizeiautobahnstation Südhessen verstorben ist.

Wir sprechen der Familie unser Beileid aus.

Unsere Gedanken sind bei ihnen, den Freunden und Kollegen. Dem schwer verletzten Kollegen wünschen wir gute Besserung

René Lotz war gemeinsam mit einem 45 jährigen Kollegen zu gemeldeten Schüssen an der A5 bei Bischofsheim beordert worden. Auf dem Weg zur Tatörtlichkeit kam der Streifenwagens an der Auffahrt zur A5 aus nicht gekläarter Ursache von der Fahrbahn ab und prallte gegen eine Betonbegrenzung

wodurch sich der Streifenwagen mehrfach überschlug.

Beide Polizeibeamte wurden schwer verletzt. Polizeikommissar René Lotz musste vor Ort Reanimiert werden und wurde sodann in ein Klinikum verbracht.

Am 26.02.2019 verstarb René Lotz leider an seinen schweren Verletzungen.

Für die Hinterbliebenen hat die Hessische Polizeistiftung ein Spendenkonto eingerichtet.

**Bankverbindung: Hessische
Polizeistiftung**

**Nassauische Sparkasse Wiesbaden
IBAN: DE41 5105 0015 0555 5502 50
BIC: NASS DE55 XXX**





**Innenminister
Beuth gibt die
polizeiliche
Kriminalstatistik
2018 bekannt**

Die mündliche Wertschätzung nehmen wir schon mal sehr gerne entgegen ... dafür
DANKE

Jetzt sind wir in deutlicher Erwartungshaltung zu der monetären Wertschätzung Neben einem deutlichen plus in % , weisen wir genauso auf die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage und das MINUS der letzten Jahre hin Oben drauf freuen wir uns über die Reduzierung der Wochenarbeitszeit, auch wenn das momentan nur ein mehr an Überstunden bedeutet und nicht die erforderliche Freizeit.

Regierungserklärung des Hessischen Innenministers Peter Beuth

„Unser Anspruch ist es, dass die Bürger nicht nur sicher sind, sondern sich auch sicher fühlen. Genau an diesem Sicherheitsgefühl arbeiten wir mit Partnern in den Kommunen. Wir organisieren das im Rahmen von KOMPASS über die Städte und Gemeinden. Denn Sicherheit hängt nicht alleine von der Polizei ab. Eine Initiative die so ganzheitlich auf das Phänomen ‚Sicherheitsgefühl‘ blickt, gab es noch nie in Hessen – und gibt es auch nirgendwo in Deutschland“, sagte Innenminister Peter Beuth.



Ein Ergebnis in der TdL ist nun da, gejubelt muss nicht werden.

Wir lassen uns jetzt in Hessen mal überraschen. Laut Innenminister Peter Beuth ist Hessen ja vorn (sehen wir natürlich ganz anders ... wir können es auch belegen) ... gerne darf der IM uns jetzt vom Gegenteil überzeugen und in Punkto Laufzeit, Arbeitszeit und Nachhaltigkeit für die Kolleginnen und Kollegen ein deutliches Zeichen

setzen und zeigen, dass er den öffentlichen Dienst in Hessen nach vorn bringen will?? Ende März sind die Verhandlungen in Hessen, da kommt es auf jeden im öffentlichen Dienst an ... Tarifbeschäftigte und Beamte stehen dann Seite an Seite ... nur gemeinsam sind wir stark ... die Verhandlungsgrundlage liegt uns ja vor ????

02.03.2019 Tarifabschluss für Landesbeschäftigte Silberbach: Angriff auf die Grundlagen der Entgeltordnung abgewehrt

Wir haben mit dieser Einigung Anschluss an die allgemeine Einkommensentwicklung gehalten und gleichzeitig einen Frontalangriff der Länderarbeitgeber auf die Grundlagen der Entgeltordnung abgewehrt“, kommentierte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach

das Verhandlungsergebnis zwischen Gewerkschaften und Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) am 2. März 2019 in Potsdam: „Die TdL-Forderung nach ‚Neubewertung des Arbeitsvorgangs‘ klingt vielleicht harmlos, hätte aber flächendeckend zu einer zum Teil deutlich schlechteren Eingruppierung für die Beschäftigten geführt. Das hätte jede lineare Erhöhung aufgefrassen. Das konnten die Gewerkschaften verhindern.“

1. MÄRZ 2019

**VORSTANDSSITZUNG
DER DPOLG
SÜDHESSEN**

**MIT SPASS UND
ELAN BEI DER
SACHE**



Am 1. März kamen die Vorstandsmitglieder der DPOLG Südhessen zu einer Strategiesitzung zusammen. In lockerer, jedoch konzentrierter Atmosphäre stellte der Vorstand des

Kreisverbandes Südhessen die Weichen für die kommenden Aufgaben. Thematisiert wurde u.a. die Neuaufstellung des Vorstandes aufgrund der pensionsbedingten,

personellen Änderungen und der kommenden Personalratswahlen. Des Weiteren wurden aktuelle Themen, wie z.B. die neuen Schutzwesten und der Datenschutz erörtert.



**Polizeigewerkschaft fordert bezahlbaren Wohnraum:
„Wohnen in Großstädten ist für viele Polizisten
unbezahlbar“**

Walter mahnt: „Explodierende Mieten und unbezahlbare Immobilien machen Arbeit und Leben in den Ballungsräumen immer schwieriger und unattraktiver. Aber gerade hier werden die meisten Bundespolizisten gebraucht und das sind bis auf wenige Präsidenten und Direktoren in der Regel wirklich alles andere als Großverdiener.

Ein wichtiges Thema für unsere Mitglieder, aber auch eine Frage von Attraktivität für potenzielle Bewerberinnen und Bewerber. Gerade im Rhein-Main-Raum stellt sich die Frage nach bezahlbarem Wohnraum.

Gleichfalls darf der ländliche Raum nicht aus dem Blick verloren werden, die Problemstellungen sind nur anders. Was nützt ein Landesticket, wenn es nicht genutzt werden kann aufgrund fehlender ÖPNV Verbindungen.

Wir sind gemeinsam an den Themen dran und nur mit der Unterstützung von allen sind diese Fragen zu beantworten.



BUNDESJUGENDLEITUNG DER JUNGEN POLIZEI TAGT IN BERLIN

Die Bundesjugendleitung der Jungen Polizei tagte am 12.03.2019 in Berlin, mit dabei Vanessa Hawlitschek aus Hessen. Es war die erste Sitzung für das Jahr 2019, in der viele Weichen gestellt wurden, um das Jahr mit gewerkschaftlichen Inhalten erfolgreich zu gestalten. Der KV Südhessen unterstützt die Arbeit der Jugendorganisation, sie ist die Grundlage zukünftiger gewerkschaftlicher Arbeit und damit auch ein Beitrag zur Sicherung der gesellschaftlichen Werte.



Einheitlichkeit in der kommunalen Sicherheitsarchitektur?

Kommunalpolizei, Stadtpolizei, Ordnungspolizei oder welchen Namen haben die Kolleginnen und Kollegen in Ihrer Stadt oder Gemeinde?

Mit dem Namen werden viele Dinge verbunden, als Erstes ist es die Identifikation der Mitarbeiter mit den Aufgaben, die ihnen gestellt werden.

Der zweite und wichtigere Punkt ist die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit und damit für den Bürger als möglichen Kunden. In nahezu allen Begriffen ist das Wort Polizei beinhaltet und allein dadurch bildet sich ein Anspruch ab.

■ Erwartungen an die Uniform

Was erwartet der Bürger von dem Menschen in Uniform?

Die Unterscheidung zwischen Landespolizei und den kommunalen Einrichtungen sind optisch nur für den Fachmann erkennbar, der Bürger in Not sieht nur die Uniform oder das blau-silberne Fahrzeug mit Blaulicht und erwartet Hilfe.

Gleichfalls stellen die unterschiedlichen Aufgabenfelder und Eingriffsbefugnisse ein Problem dar. Die Denkweise, dass der kommunale Vollzugsdienst die „Knöllchen“ schreibt, ist längst durch die Entwicklungen in unserer Gesellschaft überholt. Von den Kolleginnen und Kollegen wird eine qualifizierte und umfangreiche Abarbeitung der anfallenden Herausforderungen gefordert, folglich sind sie ein Teil in der Sicherheitsarchitektur zur Gefahrenabwehr und damit auch allen begleitenden Risiken ausgesetzt.

■ Ausrüstung

Ein weiterer Punkt ist die unterschiedliche Ausrüstung beziehungsweise die teilweise noch „stiefmütterliche“ Herangehensweise der Städte und Kommunen an die persönliche Schutzausstattung der Bediensteten. Gewalttäter unterscheiden bei ihrer blinden und rücksichtslosen Vorgehensweise nicht zwischen Landespolizei oder kommunalen Bediensteten. Die Fürsorgepflicht des Dienstherrn muss mehr eingefordert werden.

■ Fazit

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die kommunalen Arbeitgeber in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium zu einer gemeinsamen Strategie und folglich zu einer landesweit einheitlichen Architektur der Sicherheit und Ordnung in unseren Städten und Gemeinden kommen müssen. Sicherheit lebt vom einheitlichen und koordinierten Auftreten derer, die sie mit Leben füllen, so muss von Bad Karlshafen bis Neckarsteinach ein einheitliches Bild und Vorgehen für die

Bürgerinnen und Bürger wahrnehmbar sein. Das bedeutet:

- > einheitliche Aufgabenbeschreibung
- > angepasste Eingriffsbefugnisse
- > einheitliche und zeitgemäße Ausstattung/Uniform
- > gleiche Einstufung in der Bezahlung
- > eine Berufsbezeichnung

Aus allen genannten Gründen und formulierten Forderungen ergibt sich eine zentrale Feststellung, die Vollzugsbeamtin oder der Vollzugsbeamte im kommunalen Zuständigkeitsbereich der Sicherheit und Ordnung muss als Ausbildungsberuf in die öffentliche Verwaltung Einzug halten.

Lutz Maruhn, KV Südhessen





Neue Landesregierung, neue Tarifverhandlungen Tarifrunde 2019

Die neue Landesregierung hat sich im Koalitionsvertrag zu einem starken öffentlichen Dienst und zum Berufsbeamtentum bekannt. Sie will für eine leistungsgerechte Bezahlung sorgen und Leistungsanreize ausbauen, ebenso wird eine Übertragung der Tarifverhandlungsergebnisse auf die Beamtenbesoldung angestrebt.



DPoIG-Mitglieder beim letzten Warnstreik in der Landeshauptstadt Wiesbaden

Selten ist es, dass sich die Tarifpartner (Land Hessen auf der Arbeitgeberseite und Gewerkschaften auf der Arbeitnehmerseite) ohne größere Tarifverhandlungen einig sind. Meist werden die Forderungen der Gewerkschaften sofort als völlig überzogen von der Arbeitgeberseite abgewiesen. Es kommt zu Verhandlungen und wenn man sich nicht einigen kann, drohen Warnstreiks. Besonders in Bereichen, wo viele Menschen betroffen sind, wie im Flug- oder zuletzt im Bahnverkehr, kann so ein erhöhter

Druck auf die Arbeitgeberseite aufgebaut werden. Dieses gelingt hauptsächlich dadurch, dass durch die Warnstreiks/ Streiks direkt der Gewinn der Arbeitgeberseite betroffen ist.

■ Sonderstellung öffentlicher Dienst

Im öffentlichen Dienst ist das nicht so. Wenn die Müllabfuhr nicht kommt, die Straßenwärter den Autobahnparkplatz nicht säubern, die angestellten Lehrer nicht unterrichten und die Telefonvermittlung

der Polizei oder des Finanzamtes nicht besetzt ist, haben die Verantwortlichen im Staat hierdurch keinen finanziellen Nachteil. Aber die Wut der Bürger und somit die Missgunst des Wählers kann das Endprodukt dieser Maßnahme sein. Während die Arbeitgeber des Bundes und der Länder sich in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zusammengeschlossen haben, nimmt Hessen eine Sonderstellung ein. Das Land Hessen verhandelt als Arbeitgeber allein.



■ Vor- und Nachteile

Dieses kann Vor-, aber auch Nachteile haben. So ist es in der Vergangenheit vorgekommen, dass während in den anderen Bundesländern und im Bund eine Lohn- und Gehaltssteigerung stattfand, die Mitarbeiter des Landes Hessen nur eine minimale Finanzanpassung erhielten oder das Ergebnis der Tarifverhandlungen nicht auf die Beamten übertragen wurde. Wir erinnern uns noch alle gut an die Nullrunde und das maximal Ein-Prozent-Lohnstärkung. Es kann aber auch Vorteile geben, die auf Landesebene ausgehandelt werden, wenn nicht für andere Bundesländer mitverhandelt wird. So muss unter anderem nicht auf finanzschwächere Länder Rücksicht genommen werden. Ob die Landesregierung in Hessen zu ihren Absichten im Koalitionsvertrag steht, werden die nächsten Tarifverhandlungen zeigen. Die DPoIG Hessen wird sich über den Deutschen Beamtenbund dbb dort einbringen.

Alexander Glanz,
Landesvorsitzender

■ DPoIG begrüßt den neuen Studiengang

Im Februar 2019 begrüßt die DPoIG in Hessen wieder neue Kolleginnen und Kollegen zum Beginn ihres Studiums an der Hochschule für Polizei und Verwaltung an den Standorten

- Kassel,
- Gießen,
- Mühlheim
- und Wiesbaden.

Die DPoIG Hessen wünscht allen neuen Kolleg/innen einen guten und erfolgreichen Start in das Polizeileben.

Bei Problemen aller Art steht die JUNGE POLIZEI als Nachwuchsorganisation der DPoIG allen Studierenden zur Verfügung.



Kontakt:
Landesjugendleiter
Benjamin Brazio
PP Westhessen
Schichtdienst
Benjamin.Brazio@
dpoghessen.de
oder über die Internetseite:
www.dpolghessen.de

Wir starten einen Fotowettbewerb rund um das Thema Polizei. Dabei freuen wir uns auf viele originelle, lustige, spannende, vielleicht auch dramatische Fotos von euch.

Wir sind gespannt was euch in eurer Kreativität vor die Linse kommt.

Einsendeschluss ist der 1. Juni 2019

Alle infos findet Ihr auf www.dpolg-suedhessen.de



**DPOLG FOTOWETTBEWERB
„ KREATIV UND ORIGINELL “**

**SEI DABEI UND GEWINNE !
SENDE UNS DEIN LIEBLINGSFOTO
MIT DEINEM HEINER-BERT**

Einsendeschluss ist der 1. Juni 2019

Alle infos findet Ihr auf 

WWW.DPOLG-SÜDHESSEN.DE

Die originellsten und schönsten Bilder sind mit tollen Preisen belohnt. In jedem Fall findet euer Heiner-Bert Platz auf unserer Instagram Seite. Sende also mit Deinem Bild persönliche Grüße an deine Kolleginnen & Kollegen

 **DPoIG**
DEUTSCHE POLIZEI-GEMEINSCHAFT SÜDHESSEN
SERVICE@DPOLGHESSEN.DE
#WIR FÜR EUCH

Die originellsten und schönsten Bilder sind mit tollen Preisen belohnt. In jedem Fall findet euer Heiner-Bert Platz auf unserer Instagram Seite. Sende also mit Deinem Bild persönliche Grüße an deine Kolleginnen & Kollegen



Für Rückfragen stehen wir euch gerne zur Verfügung!

Viel Spaß dabei !
Euer DPoIG Südhausen Team



WEIL DU EINEN STARKEN RÜCKHALT VERDIENST.



**DPOLG SÜDHESSEN
DAMIT SICH ETWAS
ÄNDERT !**



DPoIG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
Süd Hessen im DBB

#ANDEINERSEITE